



Stichtag 30. November: Ja zu mehr Demokratie und Arbeitsplätzen

Die Stimmberechtigten entscheiden am 30. November 2008 über die eidgenössische Volksinitiative "Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik - mehr Wachstum für die Schweiz!". Die Bevölkerung kann jetzt endlich entscheiden, wer in der Schweiz die öffentlichen Interessen bei Bauvorhaben vertreten soll: der Souverän und die demokratisch gewählten Behörden oder der VCS und andere private Verbände. Wer die Demokratie stärken und mehr Arbeitsplätze schaffen will, sagt Ja zur Initiative.

Der Bundesrat hat heute beschlossen, dass am 28. September keine eidgenössische Volksabstimmung durchgeführt wird. Damit steht definitiv fest, dass die Volksinitiative "Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik - mehr Wachstum für die Schweiz!" am 30. November 2008 an der Urne entschieden wird.

Fragwürdiger Sonderstatus für private Verbände

Das Initiativkomitee hat sich nach der parlamentarischen Beratung klar dafür ausgesprochen, dass die Initiative dem Stimmvolk zu unterbreiten ist. Die Bevölkerung wird entscheiden, ob den Umweltverbänden weiterhin ein fragwürdiger Sonderstatus in Baufragen zugestanden werden soll. Für die Initianten ist klar: Die Wahrung der öffentlichen Interessen gehört in einem Rechtsstaat in die Hände der vom Volk legitimierten Behörden. Das gilt explizit auch für den Umweltschutz. Die staatlichen Behörden verfügen heute über die notwendigen Instrumente und die Ressourcen, um die Einhaltung der Umweltschutzgesetze überwachen zu können. Dazu braucht es nicht den VCS.

Auch wenn die Umweltverbände das Gegenteil behaupten werden: Mit der Volksinitiative wird die Verbandsbeschwerde nicht abgeschafft, und sie richtet sich auch nicht gegen den Umweltschutz. Sie schafft wieder rechtsstaatlich einwandfreie Verhältnisse. Sie verhindert, dass ideologisch gefärbte Privatorganisation das Verbandsbeschwerderecht missbrauchen können, um Bauvorhaben zu blockieren oder gar zu verhindern.

Umweltverbände verhindern ökologisches Bauen

Paradoxerweise verhindern der VCS und andere Verbände mit ihren rigiden Beschwerden oftmals, dass ökologisch einwandfrei konzipierte Bauvorhaben (Stichwort Minergie) verhindert werden. Der VCS ist bisher zudem den Beweis schuldig geblieben, dass seine Forderungen nach Parkplatzreduktionen und Fahrtenmodellen tatsächlich der Umwelt dienen. Oft ist das Gegenteil der Fall: Es wird sinnloser Suchverkehr provoziert. Innerschweizer IKEA-Kunden müssen lange Wegstrecken nach Spreitenbach oder Lyssach unter die Räder nehmen, weil der VCS das IKEA-Neubauprojekt im luzernischen Rothenburg seit Jahren blockiert. Der Umwelt ist auch nicht gedient, wenn Unternehmen ihre bestehenden Liegenschaften nicht nach ökologischen Gesichtspunkten sanieren, weil sie befürchten müssen, dass ihnen via Verbandsbeschwerderecht langwierige - und kostspielige - Restriktionen drohen und Parkplätze verlustig gehen.

